

Pressemeldung

Neue Abfallverordnung bringt für München Vorteile

(01. Juni 2005) Presseagenturen melden heute, dass Bürger und Firmen durch eine Änderung des Umweltrechtes mit deutlich höheren Müllgebühren zu rechnen hätten. Denn ab dem 1. Juni 2005 dürfen Deponien in Deutschland keine unbehandelten Abfälle mehr annehmen. Sie müssen vorsortiert und nach Möglichkeit recycelt, beziehungsweise verbrannt werden. Je nach bisheriger Praxis bei den kommunalen Müllentsorgern könne dies Gebührenerhöhungen zwischen null und 30 Prozent nach sich ziehen. Deutlich teurer würde die Entsorgung von Gewerbemüll durch private Abfallfirmen: Ihr Branchenverband BDE hat Preissteigerungen zwischen 15 und 300 Prozent angekündigt.

Für die Landeshauptstadt München ist jedoch Entwarnung angesagt. Kommunalreferentin Gabriele Friderich: „München hat in Bezug auf die ab 1. Juni 2005 geltenden Bestimmung zum Verbot der Ablagerung von unbehandelten Abfälle auf Deponien seine Hausaufgaben rechtzeitig gemacht. Bereits seit 1993 werden auf der Münchner Deponie in Freimann keine unbehandelten Haushalts- oder Gewerbeabfälle mehr abgelagert. Der gesamte Restmüll wird seither im Heizkraftwerk München Nord in Unterföhring umweltverträglich verbrannt und dabei zur Erzeugung von Strom und Fernwärme genutzt. Die gesetzliche Regelung im Rahmen der „Technischen Anleitung Siedlungsabfälle“ bringt für die Münchner Gebührenzahler sogar Vorteile. Denn Landkreise, die bisher ihre Abfälle deponiert haben, liefern jetzt den Müll im Münchner Heizkraftwerk an und tragen so zur Auslastung und zur Kostendeckung der Anlage bei.“ Zu den Neukunden zählt der Landkreis Weilheim-Schongau, der Zweckverband Abfallwirtschaft Südwest Thüringen und der Landkreis Miesbach mit künftig insgesamt 62.000 t Anlieferungen pro Jahr. Kommunalreferentin Gabriele Friderich weiter: „damit ist eine Vollausslastung der städtischen Müllverbrennungsanlage gewährleistet und die Fremdmüllanlieferungen sind auch ein Beitrag zur Gebührenstabilität. Die Mülltarife sind in München bereits seit 11 Jahren stabil und können auch für weitere zwei Jahre auf dem im Vergleich mit anderen Städten und Landkreisen sehr niedrigem Niveau gehalten werden.“